

1601/AB XXI.GP
Eingelangt am: 26-01-2001

ÖFFENTLICHE LEISTUNGEN UND SPORT

Sehr geehrter Herr Nationalratspräsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Christine Muttonen und Genossen haben am 28. November 2000 unter der Nr. 1586/J an mich eine schriftliche Parlamentarische Anfrage betreffend "Gender Mainstreaming" gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Frage 1:

Wird Gender Mainstreaming als Mittel zur Erreichung der Chancengleichheit der Geschlechter, wie angekündigt, in allen Ressorts der Bundesregierung bereits umgesetzt?

Zu Frage 1:

Die Bundesregierung hat am 11. Juli 2000 dem Antrag der zuständigen Bundesministerin für soziale Sicherheit und Generationen auf Einrichtung einer interministeriellen Arbeitsgruppe für Gender Mainstreaming zugestimmt. Damit hat die Bundesregierung deutlich zum Ausdruck gebracht, dem Gender Mainstreaming - Ansatz zur Verwirklichung der Chancengleichheit der Geschlechter bei der Planung und Umsetzung politischer Strategien Rechnung zu tragen sowie die Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenssituation und Lebensbedingungen von Frauen und Männern in der Politik der Ressorts voranzutreiben.

Frage 2:

Gender Mainstreaming und die Gleichstellung von Frauen und Männern ist vor allem eine Sensibilisierungs - und Wissensfrage: Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um den Behörden auf allen Hierarchieebenen ausreichende Kenntnisse vermitteln zu lassen, damit diese ihre Tätigkeit auch aus einer Geschlechterperspektive überprüfen können?

Frage 4:

Welche konkreten neuen Arbeitsweisen und Methoden werden entwickelt werden, damit Gleichstellungsfragen ein fester Bestandteil der täglichen politischen und administrativen Arbeit werden?

Zu den Fragen 2 und 4:

Zur Umsetzung des Gender Mainstreaming - Ansatzes hat eine interministerielle Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des Bundesministers für soziale Sicherheit und Generationen ihre Arbeit aufgenommen. Die Sensibilisierung für und das Wissen über Gender Mainstreaming sind auch nach meiner Auffassung eine vordringliche Aufgabe. Bei der ersten Sitzung der IMAG am 10. November 2000 wurden der Austausch von Informationen und nachahmenswerten Initiativen in den Ressorts, die Entwicklung von Kriterien für den Gender Mainstreaming Ansatz, der Austausch von best - practice Beispielen sowie die Auflistung von laufenden Projekten, Maßnahmen und Gesetzen, die für eine Überprüfung durch die Gender Mainstreaming Ziele sinnvoll sind, als Aufgaben der Ressortbeauftragten der Arbeitsgruppe definiert. Außerdem wird eine Schulungsreihe für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit der Ausarbeitung von Strategien und Gesetzesvorlagen befasst sind, vorbereitet.

Frage 3:

Welche Strukturen werden für die Kooperation der einzelnen Dienststellen zur Umsetzung des Gender Mainstreaming sorgen?

Zu Frage 3:

In der interministeriellen Arbeitsgruppe für Gender Mainstreaming sind alle Ressorts vertreten und in allen Ressorts ist eine/ein Gender Beauftragte/r und eine Stellvertretung eingesetzt. Ich gehe davon aus, dass in großen Ressorts im Sinne eines Schneeballsystems eine weitergehende Gender - Struktur etabliert wird.

Frage 5:

Sind Vertreter Ihres Ressorts Teilnehmer an der angekündigten interministeriellen Arbeitsgruppe zum Gender Mainstreaming?

Zu Frage 5:

Ja, selbstverständlich nehmen auch Vertreterinnen des Bundesministeriums für öffentliche Leistung und Sport an den Sitzungen der IMAG teil.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch darauf hinweisen, dass sich der Anteil der weiblichen Mitarbeiterinnen im Bundesministerium für öffentliche Leistung und Sport auf 60% beläuft und 40% der Führungspositionen mit Frauen besetzt sind.

Frage 6:

Werden Aktionsprogramme des Bundes, Konzepte der einzelnen Ministerien, ...bereits im Entwurf - und Planungsstadium auf geschlechterspezifische Gesichtspunkte geprüft? Wenn ja, wo kam bereits Gender Mainstreaming zum Einsatz?

Zu Frage 6:

Wie bereits zu Frage 2 ausgeführt, hat die Bundesregierung in ihrem Beschluss vom Juli 2000 der IMAG auch die Aufgabe übertragen, eine Auflistung laufender Projekte, Maßnahmen und Gesetze zu erstellen, die für eine Überprüfung durch die Gender Mainstreaming - Ziele sinnvoll sind, zu erstellen.

Frage 7:

Werden Sie Ihr Vetorecht im Ministerrat in Anspruch nehmen, um all jene Entwürfe und Verfahren, die nicht den Kriterien des Gender Mainstreaming entsprechen, zu verhindern?

Zu Frage 7:

Die Arbeitsweise dieser Bundesregierung ist eine kooperative. Allfällige offene Fragen werden diskutiert und ausgeräumt. Für mich stellt sich die Frage nach einem Veto daher nicht.